Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)
Berlin. Dem Bundesrathe ging die Militärseptennatsvorlage (?) zu. Die Wehrforderung hat sich, wie versichert wird, in den für die Reichssicherheit unbedingt erforderlichen Grenzen halten. Der Reichstag geht die Vorlage nach dem Zusammentritt desselben zu. — Der amerikanische Expräsident Arthur ist gestorben.
Paris. Am Eingange zur Deputirtenkammer wurde eine Frau verhaftet, welche einen Revolverschuß in die Luft feuerte, um die Aufmerksamkeit auf ihren schon 18 Jahre schwebenden Prozeß zu lenken.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprechstelle Nr. 427.
Wild- und Geflügel-Handlung C. Müller
Johannesstrasse 1? (am Pirnaischen Platz), empfiehlt alle Sorten Wild und Geflügel zu billigsten Preisen.

Julius Schädlich,
Am See 40.
Petroleum-Lampen,
Kerzen-Kronleuchter.

Contobücher-Fabrik
G. H. Rehfeld & Sohn
Telephon No 578. DRESDEN-N. Hauptstr. 8?/??
Pat. Stahldraht-Maschinenheftung
sowie Hand-Fadenheftung
Spezialhandlung für Contorbedarf.

Remke & Scheffler
47 Pragerstrasse 47
empfehlen feine Herrenwäsche, sowie Neuheiten von Cravatten, Kragen, Mansehetten etc.

Zahnpasta, zweckmässig zusammengesetzt, von wohlthuender Wirkung auf Zähne und Zahnfleisch. Dose 1 Mark. **Königl. Hofapotheke, Dresden,** am Georgenthor.

Nr. 323. 31. Jahrg. Auflage: **43,000** Expl. | Dresden, 1886. **Freitag, 19. Novbr.**

Witterungsaussichten für den 19. November. Westwind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung, mit zeit- und stellenweisen Niederschlägen. Kälter. Charakter der Witterung im Laufe des Tages wechselnd.

Für den Monat December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 90 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Wie der private Geschäftsbetrieb leicht in Schlendrian, Verknöcherung oder Uebervortheilung des Publikums ausartet, sobald ihm die Konkurrenz fehlt, so ist es auch bei den vom Staate resp. dem Reiche monopolisirten Betrieben. Konkurrenz, oder schieben wir lieber das deutsche Wort Wettbewerb ein, ist die Seele des Geschäfts. Natürlich nicht jene abscheuliche Schleuderkonkurrenz, welche der sichere Tod des soliden Geschäfts ist, die mit unreellen Mitteln arbeitet, durch fortgesetztes Unterbieten erst den Konkurrenten um jeden Verdienst bringt und nachher, aber zu spät einsieht, daß sie sich selbst in's Fleisch geschnitten hat. Aber eine anständige Konkurrenz ist für alle Welt heilsam. Auch für die Reichspost. Das hat sich bei den Privat-Posten herausgestellt, die nach dem Berliner Muster in einer Anzahl großer Städte eingerichtet wurden. Als sie zuerst auftauchten, haben wir, es war im August, nicht nur die Berechtigung jedes Privatmannes, innerhalb eines Stadtgebietes Briefe und Packete zu befördern, nachgewiesen, sondern namentlich auch hervorgehoben, daß die Berliner alle Ursache hatten, sich dieser, der Reichspost gemachten Konkurrenz zu freuen. Noch immer gilt in Berlin, im Gegensatz zu anderen Städten, ein Porto von 10 Pfg. für den Stadtpostbrief. Das ist eine ungebührliche Steuer, welche der Berliner zahlen muß. Außerdem klagte man sehr über die Langsamkeit der Briefbeförderung durch die Reichspost. Es entstanden nach und nach drei Privatposten: zwei derselben sind eingegangen; die Ankündigung, daß das eine dieser verkrachten Institute, die „Hansa", wieder in's Leben treten werde, kann man schwerlich ernst nehmen. Es besteht jetzt nur noch die Aktiengesellschaft, welche zunächst den lokalen Packetverkehr zu billigeren Taxen (15 Pfg. gegenüber 50 bez. 65 Pfg. des Posttarifs) in die Hand nahm, dann sich auch der Errichtung von Omnibuslinien zuwandte und endlich zuerst mit dem Plane der privaten Beförderung von Briefsachen zu sehr niedrigen Sätzen hervortrat. Die zwei jetzt verkrachten Gesellschaften waren unberufene Nachahmer. Allen Orts- und Sachkundigen war es sofort klar, daß drei konkurrirende Privatgesellschaften nicht bestehen könnten. Das Fiasco der beiden Gesellschaften giebt den offiziösen Blättern Anlaß zu Jubelartikeln, die ersichtlich aus reichspostalischen Federn geflossen sind. Die Berliner Reichspost triumphirt, daß ihre Konkurrenten sich zu zwei Dritteln gegenseitig todt gemacht haben. Jede Reform des lokalen Briefportos wird schroff abgelehnt, mit der Motivirung, daß die Post zu einem billigeren Satze nicht arbeiten könne, wie der Untergang der Privatposten zeige. Man hütet sich wohl, Ziffern anzuführen, sondern sucht die Nothwendigkeit des hohen Portosatzes nur durch allgemeine Behauptungen zu beweisen. In der That würde sich ziffermäßig auch wohl kaum beweisen lassen, daß die Selbstkosten für die Beförderung der massenhaften Stadtbriefe 10 Pfg. für jedes Stück betragen.

Der Generalpostdirektor Dr. v. Stephan triumphirt etwas zu früh. Nicht er hat Ursache, sich über den Untergang zweier Privatposten zu freuen, sondern die dritte übrigbleibende, die zwei schädliche Konkurrenten losgeworden ist. Doch das geht mehr die Berliner als uns an. Uns interessirt nur die grundsätzliche Seite des Falls. Im Publikum begrüßt man das Auftauchen von Privatposten hauptsächlich deshalb, weil man in dieser Konkurrenz das wirksamste Mittel erblickt, um in der Reichspost das Bewußtsein wach zu erhalten, daß sie nicht zur Beherrschung, sondern zur Bedienung des korrespondirenden Publikums, nicht zur Erzielung von Ueberschüssen für die Reichskasse, sondern zur Erleichterung und Hebung des Verkehrs vorhanden ist. Man macht vielfach die Wahrnehmung, daß zur Zeit ein auffallender Stillstand in den früher so lebhaften Reformbestrebungen des Generalpostmeisters Stephan eingetreten. Nicht einmal zur Einführung der doch so außerordentlich praktischen Briefkarte mit verdeckter Schrift hat er sich zu entschließen vermocht. Die österreichische Post hat seit vielen Monaten die sogenannten Kartenbriefe eingeführt, die ein Mittelding zwischen Brief und Korrespondenzkarte bilden und sich außerordentlicher Beliebtheit erfreuen. Warum dies nicht den Oesterreichern nachahmen? Auch das steigende Bedürfniß des kaufmännischen Lebens nach dem Massenvertrieb von Ankündigungen aller Art findet bei den versteinerten Reglements der Post nicht das Entgegenkommen, welches jeder Privatunternehmer Massenkunden gern und mit Vortheil gewährt. Zu den Mängeln, die dringend einer Abhilfe bedürfen, rechnen wir auch die rigorose Bestimmung, daß Postkarten, deren Frankatur vergessen ist, einfach nicht bestellt werden. Die Bestellung solcher Karten zum Porto der unfrankirten Briefe würde viel Schaden und Aergerniß verhüten und bei der hohen Differenz des Preises (20 gegen 5 Pfg) der Post auch dann noch keinen Schaden bringen, wenn sogar über die Hälfte der Adressaten die Annahme verweigerte. Glaubt man zur Sicherung der Annahme die Schrift verdecken zu müssen, so ließen sich ja amtliche Umschläge anbringen, welche blos die Adresse frei lassen. Die Privatposten übernehmen auch die Vertheilung von Cirkularen an eine Kategorie von Personen ohne individuelle Adresse auf jedem Exemplar; warum kann die Reichspost diesem Bedürfniß von Kaufleuten, Zeitungen, Wahlkomitees und sonstigen Unternehmern nicht auch ihre Briefboten zur Verfügung stellen?

Wir berühren nur diese naheliegenden Punkte, um zu zeigen, daß die Postverwaltung keinen Stillstand kennen darf und daß sie der privaten Konkurrenz mit weniger Groll, als vielmehr mit loyalem Wetteifer begegnen sollte. Die Verdienste der Verwaltung des Herrn Stephan verkennt Niemand; daneben ist aber sehr wohl der Wunsch berechtigt, daß er sich immer größere Verdienste erwerben und mit den Fortschritten des Verkehrswesens stets gleichen Schritt halten möge. Das fortgesetzte Streben nach Vervollkommnung wird dem Ansehen und auch den Finanzen der Reichspost zuträglicher sein, als die literarischen Ausfälle gegen private Bestrebungen auf dem Postgebiete.

Dem Reichstage soll ein Gesetz zugehen, welches die Taxe der Rechtsanwälte einer Aenderung unterzieht und wahrscheinlich auf eine Ermäßigung hinzielt. Der Vorschlag ist aus den Klagen über die Höhe der Gerichtskosten hervorgegangen. Diese will man nicht herabsetzen, dafür sollen die Rechtsanwälte daran glauben. Das wäre an sich kein Fehler, aber es hat auch seine zwei Seiten. Als die deutsche Justizeinheit geschaffen wurde, war die Frage des Kostenpunktes eine der schwierigsten. In den verschiedenen Gegenden Deutschlands waltete bezüglich der Kosten eines Prozesses die größte Mannigfaltigkeit ob, sowohl hinsichtlich der Gerichts- als der Anwaltskosten. In Württemberg hatte man bis dahin so beispiellos niedrige Gerichtskosten, daß dadurch die Prozeßsucht, besonders unter der rechthaberischen Bauernbevölkerung, systematisch großgezogen wurde. Im Schwabenlande gehörte das Prozeßführen gleich dem Tabak und Branntwein zum freiwilligen Luxus des Volkes, dessen Kosten man sich zum Vergnügen auferlegte. In Mecklenburg und den Hansestädten gab es wiederum ungebührlich hohe Anwaltskosten. Schließlich stellte die Reichsgesetzgebung die Gerichts- und Anwaltsgebühren mechanisch gleichmäßig fest, aber sie zerhieb den Knoten, statt ihn zu lösen, und nun kamen die Klagen über zu hohe Kosten von allen Seiten. Es ist richtig, jetzt bezieht in einzelnen Fällen der Anwalt eine Sportel, die für seine Arbeit zu hoch ist, dafür erhält er in anderen Fällen für große Anstrengung eine ungenügende Bezahlung. Die Höhe der Anwaltsgebühren richtet sich nach der Höhe des Streitobjekts, ein nicht gerechter Maßstab, aber einen anderen giebt es nicht. Die Gebühren der Vertheidiger im Strafprozeß sind in vielen Fällen zu niedrig, darum wird das Publikum von vielbeschäftigten Vertheidigern in Strafsachen mitunter schlechter bedient als in Civilsachen. Wenn der Vertheidiger sich auf den Fall eines böswilligen Bankerotts wochenlang hat vorbereiten müssen, so erhält er — falls die Verhandlung in einem Termin zu Ende geht — keine höhere Entschädigung, als wenn er für einen geständigen Mausedieb Nichts weiter thun kann, als in einigen wohlgesetzten Worten den Verbrecher der Milde des Gerichtshofes zu empfehlen. Und diese Summe ist oft kärglich. Man sollte, da eine Minimaltaxe nicht entbehrt werden kann, wenigstens die Vertragsfreiheit zwischen Sachwalter und Klienten mehr erweitern, als jetzt erlaubt ist. Denn, so wenig man dem Volke das Suchen seines Rechtes vertheuern soll, ebensowenig ist es wohlgethan, die pekuniäre Lage des Anwaltstandes zu verschlechtern und künstlich ein Advokatenproletariat großzuziehen, das schließlich sich von Geschäftsagenten nur unwesentlich unterscheidet. Eine Erschütterung des Standes der Rechtsanwälte wäre eine Verschlechterung der Justiz selbst.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 18 Novbr.

Berlin. Der Kaiser empfing Vormittags den Prinzen Ludwig von Bayern, der sich vor seiner Abends erfolgten Rückkehr nach München verabschiedete. — Die hiesigen Abendblätter erörtern auch heute noch die Dresdner Vorgänge vom 16. ds. Die „Kreuzztg." schreibt: An der Form, wie Bülow am 16. in Dresden mitgespielt worden, wird hier und da auch dann Anstoß genommen werden, wenn man mit der Sache, d. h. damit einverstanden ist, daß dem Künstler sein Kokettiren und Fraternisiren mit den Czechen nicht ungerügt hingehen dürfte. Auch uns wäre lieber gewesen, wenn eine negative Mißbilligung durch Wegbleiben aus dem Konzert an Stelle der positiven, des Pfeifens und Zischens, getreten wäre. Dresdner Blätter heben indessen hervor, daß dies nicht zum Ziele geführt haben würde, weil es ein Leichtes gewesen wäre, den Saal durch Vertheilung von Freibilleten zu füllen, und weil es außerdem eine Menge von Leuten giebt, die für das nationale Moment keine Empfindung haben. Wie dem aber auch sein möge, darüber, daß Herr Hannusch seine Lektion verdient hatte, wird kein Zweifel sein. Wie man mittheilt, hat er noch am Abend des 16. telegraphisch seine Mitwirkung an mehreren Konzerten in Deutschland abgesagt. Wir erfahren ferner, daß die Behauptung, als sei die Kundgebung vom deutschen Schulverein, d. h. von der Dresdner Ortsgruppe desselben ausgegangen, ganz unrichtig ist. Der Schulverein als solcher hat mit der Sache nichts zu thun gehabt. Daß einzelne Mitglieder desselben sich auf eigene Faust betheiligt haben, ist möglich. — Die Schlosser Bennewitz, Karl und Schulze, letzterer als Vorsitzender des Fachvereins der Metallschleifer, wurden auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen. Bei Schulze wurde eine große Anzahl Programme der sozialdemokratischen Partei beschlagnahmt. Auch sonst haben mehrfach Haussuchungen stattgefunden. — Vor dem Kottbuser Schwurgerichte begann heute der Prozeß gegen diejenigen 17 Angeklagten, die bei den Spremberger Krawallen als Rädelsführer fungirten.

Wien. Die Verhandlungen zwischen der Rechten und Linken wegen Erzielung eines gemeinsamen Vorgehens gegenüber der auswärtigen Politik haben zu dem gewünschten Erfolge geführt. Es wird demnach die gesammte österreichische Delegation der Kalnoky'schen Friedenspolitik zustimmen. Die Czechen werden über die großen Fragen der auswärtigen Politik nicht sprechen. Kalnoky wird sein in der ungarischen Delegation gegebenes Exposé im Ausschusse kurz resümiren, über jene Stellen der Reden aber, die angeblich zu Mißverständnissen geführt, sich ausführlich verbreiten und berichtigende Aufklärungen geben.

Paris. Die letzten Nachrichten aus Madagaskar lauten ungünstig. Die Stellung des französischen Vertreters daselbst ist keineswegs fest. — Der „Figaro" erzählt, Rouvier habe die Stelle eines Generalresidenten in Tonkin abgelehnt, nachdem sich mehrere Versicherungsanstalten geweigert hätten, sein Leben auf einen sehr hohen Betrag zu versichern. — Freycinet konferirte gestern lange mit dem Finanzminister, sodann mit verschiedenen Notabilitäten der republikanischen Mehrheit. Das Ergebniß der heute in der Deputirtenkammer stattfindenden Abstimmung über die Deckung des Defizits gilt als unsicher. Man glaubt entweder an die Annahme des ministeriellen Projektes oder an die Ablehnung sämmtlicher Anträge der Minister sowie der parlamentarischen Kommission, sodaß die Verwirrung vollständig sein würde. Auf Letzteres sollen die Monarchisten hinarbeiten. Wenn jedoch der Conseilpräsident für den Finanzminister eintritt, wird der Sieg anscheinend kaum für zweifelhaft gehalten.

Die Berliner Börse begann mit Deckungen, in Folge derer sich die Kurse erhöhten; das Geschäft war belebt. Im Vordergrunde standen Bergwerke, Banken waren lebhaft gefragt, bei steigenden Preisen. Auch Bahnen und fremde Renten waren höher. Im Kassaverkehr zeigte sich gleichfalls ein reges Geschäft bei vorwiegend anziehenden Kursen. Nur deutsche Fonds waren matt, österreichische Prioritäten still. Privatdiskont 3 Proz.

Frankfurt a. M., 18. November. Credit 230⁵/₈. Staatsbahn 196,00. Lombarden 84¹/₂. Galizier 161¹/₂. Egypter 76,20. 4proc. Ungar. Goldrente —, Discento 212,50. 80er Russen —. Mecklenburger —,—. Fest.

Wien, 18 November. Credit 286,50. Staatsbahn 244,75. Lombarden 101,75. Nordwestb. 163,75. Marknote: 61,65. Ung. Credit 297. Abgeschwächt.

Paris, 18. Novbr. Schluß. Rente 82,50. Anleihe 109,67. Italiener 101,55. Staatsbahn 501,25. Lombarden 221,25. do. Prioritäten —. Spanier 65¹¹/₁₆. Egypter 380. Ottomanen 522. Neue Anleihe —. Fest.

London, 18. November, Vormitt. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⁹/₁₆. 1873er Russen 97¹/₂. Italiener 99⁷/₈. Lombarden 8¹¹/₁₆. Konv. Türken 14¹/₁₆. 4proc. fundirte Amerikaner 131¹/₂. 4proc. Ungar. Goldrente 83³/₈. Oesterr. Goldrente 91. Preuß. Consols 105. Egypter 74¹⁵/₁₆. Neue Egypter 94³/₄. Garant. Egypter 98⁵/₈. Ottomanbank 10¹¹/₁₆. Suez-Aktien 83. Spanier 64⁷/₈. — Stimmung: Behauptet. — Wetter: Schön.

Stettin, 18. November, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen ruhig, loco 148—154, pr. November-Dec. 156,00, pr. April-Mai 160,50. Roggen ruhig, loco 121—124, pr. November-December 125,50, pr. April-Mai 129,00. Rüböl fest, pr. November 45,00, pr. April-Mai 45,00. Spiritus fest, loco 35,60, pr. November-December 36,00, pr. December-Januar 35,10, pr. April-Mai 38,00. Petroleum loco versteuert Usance 4 Proc. Tara 11,40.

Breslau, 18. November, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Novbr.-Decbr. 35,00, pr. April-Mai 36,50. Roggen pr. Novbr.-Decbr. 130,00, pr. April-Mai 134,00. Rüböl loco pr. November 45,00, pr. April-Mai 46,00. Zink: Umsatzlos. — Wetter: Veränderlich.

Amsterdam, 18. November. Produkten (Schluß). Weizen per Novbr. —, per Mai —. Roggen per Oktober 125, per Mai —.

Lokales und Sächsisches.

— Gestern Nachmittag, in der Stunde von 3—4 Uhr, besuchten Ihre Majestäten der König und die Königin den Zoologischen Garten.

— Se. Majestät der König begiebt sich morgen in Begleitung mehrerer hoher Kavaliere zur Jagd auf Pillnitzer Bergrevier. Die Beute dürfte sehr viele Kaninchen ergeben.

— Von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich erhielten der Wirkliche Geheimrath, Generaldirektor der Kgl. musikalischen Kapelle und des Hoftheaters Graf v. Platen-Hallermund den Orden der Eisernen Krone 1. Klasse; die Kammerherren Freiherr von Palm, Graf von Schall-Riaucour, Graf von Einsiedel auf Creba, von Cerrini di Monte-Varchi und Georg Wolf von Arnim den Orden der Eisernen Krone 2. Klasse; die Kammerherren von Schönberg-Reichstädt, von Schönberg-Rothschönberg und v. Helldorf-Böhlen das Komthurkreuz des Franz Josef-Ordens; der Oberregisseur des Hoftheaters A. Marcks und der Obermaschinenmeister daselbst J. Witte das Ritterkreuz desselben Ordens und der Hoftheatermaler Emil Rieck das goldene Verdienstkreuz mit der Krone.

— Auch die Freunde des verstorbenen Grafen Beust sind durch die Thatsache, daß derselbe ein Vermögen von gegen 2 Millionen Mark hinterlassen hat, allgemein überrascht worden. Man nahm, der „Frankf. Ztg." zufolge, an, daß Beust das in Oesterreich erworbene Vermögen, welches von der Finanzwelt auf 4 bis 6 Millionen Gulden geschätzt wurde, durch verkrachte Gründungen und anderweite Spekulationen völlig wieder eingebüßt habe. Was das sogenannte Schloß Altenberg bei Kloster-Neuburg an der Donau betrifft, so ist dies eine bescheidene Besitzung, welche im Jahre 1868 durch den damaligen Spiritus familiaris des Beust's, den Hofzahnarzt Dr. Faber, für 20,000 fl. erworben wurde. Heute dürfte diese Besitzung im Verkaufswege höchstens das Doppelte werth sein, geht aber in den Besitz des ältesten Sohnes des Grafen Beust über, der als Legationsrath in Paris fungirt. In Dresden hat es Befremden erregt, daß Graf Beust in seinem Testamente weder für milde Stiftungen in Sachsen, noch speziell für die Armen seiner Vaterstadt Dresden irgend etwas vermacht hat.

— Man schreibt uns von geachteter Seite: „In Ihrem Referat vom 12. d., die Neuwahlen der Dresdner Handelskammer betreffend, ist zu lesen: „Nach diesem Ausgang der Wahl sind die hauptsächlichsten Industriezweige des Kammerbezirks in der Handelskammer vertreten." Es gehören nun neuerlich der Handelskammer an: Großhändler 1, Elbschifffahrtsvertreter 2, Tuchfabrikation 2, Blumenfabrikation 1, Fabrikation ätherischer Oele rc. 1, Dampfmühle 1, Ofen- und Chamottefabrikation 1, Glasfabrikation 1, Nähmaschinenfabrikation und Eisenindustrie 2, Cigarrenfabrikation 2, Speditions-, Bank- und Wechselgeschäft 1, Papierfabrik und Handlung 2, Chokoladen und Zuckerwaarenfabrikation 1, Düngemittelfabrikation 1, Kolonialwaarenhandlung en gros und en detail 1. Wir möchten daher Ihre Bemerkung insofern als irrig bezeichnen, als z. B. von den Dresdner größeren Industrien Buchhandel, Brauerei, Spritfabrik, Ziegelfabrik, Lederfabrik, Strohfabrik, Pianofortefabrik, Bergbau, Getreide, Produkten, photographische Papiere, baumwollene Jutespinnerei gar nicht, aber wohl mehrere selbst unbedeutende Branchen doppelt vertreten sind. Wir hören, daß die Wähler aus der Provinz, entgegen der Bitte des Herrn Präsidenten, auf Dresdner Mitglieder keine Rücksicht nahmen, sondern geschlossen für ihre neuen Mitglieder stimmten. Es könnte deshalb der Fall eintreten, daß man bei der hohen Regierung dahin wirken würde, daß das in der Neuzeit zur großen Industriestadt gewordene Dresden auf die Ermächtigung zusteuern dürfte, einen selbstständigen Handelskammerbezirk gleich Leipzig bilden zu dürfen.

— Im Folgenden geben wir eine gedrängte Uebersicht einiger hiesigen und auswärtigen Preßstimmen über den Bülowskandal. Der „Dresd. Anz." beleuchtet die Angelegenheit in zwei getrennten Artikeln von dem politischen und dem künstlerischen Standpunkte aus. In dem ersten Artikel läßt sich die Redaktion u. A. schreiben: „Die französischen und sonstigen Künstler spielen sich nicht auf einen bequemen Kosmopolitismus hinaus, wie die unsern, welche, sobald sie über die Grenze gekommen sind, Deutschland Deutschland sein lassen, zu den Scherzen und Angriffen auf unser Volk verlegen lächeln und mit einem „Die Kunst hat mit der Politik nichts zu thun" sich aus der Klemme ziehen. Wir meinen aber, der Patriotismus gehört wie die Ehrlichkeit zur Pflicht jedes Deutschen, und wie die gute Gesellschaft einen Spitzbuben von sich abstößt, so soll sie es auch mit einem Verräther an unserem Volksthum machen. Der Kampf der Deutschen in Oesterreich muß verloren werden, wenn das deutsche Gewissen im Reich nicht geweckt wird. Und um dies zu thun, war Bülows Konzert gerade der rechte Ort. Und darum können wir das Auftreten Jener, welche Herrn von Bülow in seinem Konzert mit den schärfsten Zeichen ihre Mißbilligung ausdrückten, keineswegs tadeln, zumal er es selbst gewesen war, der seine Konzerte zu national-politischen Zwecken mißbraucht hatte." Im zweiten Artikel wird die Ausdehnung des Skandals über das gesammte Konzert allerdings getadelt, jedoch dabei konstatirt, daß der demonstrative Applaus der Freunde Bülows den Skandal er-

Regen-Mäntel, Ulbricht, 24 Marien-Strasse 24.